Die Eskalation im Libanon folgt einem bekannten Muster: militärische Expansion, massenhafte Vertreibung und eine internationale Politik, die nicht eingreift. Von **Sevim Dagdelen**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/260318_Libanon_Der_naechste_Voelkermord_Israels_NDS.mp3

Podcast: Play in new window | Download

Die israelische Armee hat nach Angaben des libanesischen Gesundheitsministeriums seit Beginn der jüngsten Invasion und Angriffe bereits mehr als 800 Menschen getötet, darunter über 100 Kinder. Dazu kommen 2.000 Verletzte. In Reaktion auf Angriffe der Hisbollah auf den Norden Israels hat die Regierung in Tel Aviv die Evakuierung aller Libanesen südlich des Litani-Flusses angeordnet. In dem Gebiet, etwa halb so groß wie das Saarland, leben bis zu 300.000 Menschen.

Nach UN-Angaben sind im Libanon insgesamt eine Million Menschen vor den israelischen Angriffen geflohen, etwa ein Sechstel der Bevölkerung der Zedernrepublik. Das humanitäre Desaster ist so groß, dass selbst die Bundesregierung als einer der größten Unterstützer Tel Avivs gemeinsam mit vier anderen NATO-Mitgliedern vor einem israelischen Einmarsch mit Bodentruppen im Libanon warnt.

Blaupause Gaza

Das libanesische Szenario scheint bis ins Detail der Blaupause Gaza zu gleichen. Erkennbar ist die Bereitschaft Israels, dauerhaft neue Gebiete zu besetzen und die Bevölkerung, die bisher in diesen Gebieten gelebt hat, im Rahmen seiner Militäroperationen entweder zu töten oder zu vertreiben.

In Deutschland ist bisher wenig wahrgenommen worden, dass sich die Pläne zur Besetzung von Teilen des Libanon durch Israel teilweise mit der völkischen Vision eines ethnisch gesäuberten Groß-Israels vom Nil bis zum Euphrat decken. Zu wahnwitzig erscheint dieses Vorhaben.

Fest steht, dass es an der Spitze der politischen Klasse Israels längst nicht mehr nur um den Gazastreifen und das Westjordanland geht. Der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanyahu gilt als Verfechter eines Groß-Israel und entsprechender Landnahmepläne, die

auch Teile Ägyptens, des Libanon, Syriens bis zum Irak umfassen. Für seine Annexionspläne hat Israel gewichtige Unterstützer, etwa den US-Botschafter in Israel, Mick Huckabee. Als evangelikaler Christ unterstützt er ein Israel vom Nil bis zum Euphrat. Man darf sich nicht darüber hinwegtäuschen, dass US-Präsident Donald Trump ausgerechnet diesen Mann zum Botschafter seines Landes in Israel gemacht hat.

Geopolitik und deutsche Interessen

Sieht man einmal vom religiös verbrämten völkischen Romantizismus zur Legitimation der Eroberungen ab, die nur durch Völkermorde abzusichern sind, stellt sich die Frage, welches Interesse die USA an einem Groß-Israel haben könnten. Und hier hat Washington offenbar eine ganz einfache Rechnung: Israel gilt als imperialistischer Vorposten. Die massive Landerweiterung und ein entsprechender Zugriff auf mehr Ressourcen sollen die materielle Absicherung des Landes als Militärstaat gewährleisten und eine Einbindung in die US-Pläne zur Kontrolle des Nahen und Mittleren Ostens erleichtern.

Die USA unterstützen deshalb Israel weiter bedingungslos. Die massive Tötung von Zivilisten belastet sie nicht. Die Bevölkerung in den Eroberungszonen jedoch wird zum Freiwild; ihre Vertreibung ist Teil des Projekts. Im Libanon ist der israelische Einmarsch bis zum Litani-Fluss deshalb auch nur ein erster Schritt. Es geht auch im Libanon um weit mehr.

Warum aber zeigt sich die Merz-Regierung hier besorgt? Gehört sie denn nicht weiterhin zu den größten Unterstützern Israels? Es könnte die Ahnung sein, dass sich am Ende all diejenigen, die auf dem Gebiet eines Groß-Israels leben, nach Europa und insbesondere nach Deutschland aufmachen werden. Ein militärischer Sieg ist im Libanon zurzeit nicht absehbar. Im modernen Landkrieg sind Panzerarmeen äußerst verwundbar geworden, und aus der Luft allein ist ein Krieg – selbst bei maximaler Zerstörung aller Gebäude wie im Gazastreifen – nicht zu gewinnen.

Wenn die Bundesregierung ernsthaft an einem Waffenstillstand interessiert wäre, würde sie ein Waffenembargo gegen Israel verhängen und sich für ein Einfrieren des EU-Assoziierungsabkommens mit Tel Aviv einsetzen. Beides dürfte allerdings mit dieser Regierung der Willfährigkeit nicht machbar sein.

Titelbild: Andy.LIU / Shutterstock